

30.09.2011
144a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Sperrfrist: Freitag, 30. September 2011, 17.00 Uhr!

Es gilt das gesprochene Wort!

Bischof Norbert Trelle (Hildesheim)
Vorsitzender der Migrationskommission
der Deutschen Bischofskonferenz

Predigt im Eröffnungsgottesdienst
der Interkulturellen Woche
in Braunschweig am 30. September 2011

Schrifttext: Jer 29,1-14

Die Lesung aus der Heiligen Schrift, die wir eben gehört haben, führt uns in die Zeit des babylonischen Exils im 6. vorchristlichen Jahrhundert. Das Reich Juda mit Jerusalem war tributpflichtig gewesen gegenüber dem babylonischen Herrscher Nebukadnezar II., als Jojakim, der König von Juda, 598/597 die Situation für günstig erachtete, den Aufstand zu wagen. Das Unternehmen misslang: Jerusalem wurde von den Babyloniern erobert, 10.000 Juden wurden ins Exil deportiert. Zehn Jahre später versuchte Juda erneut, sein politisches Schicksal zu wenden und den Vasallenstatus gegenüber Babylon abzuwerfen. Doch endete dieses Manöver in einer noch größeren Katastrophe: Jerusalem wurde eineinhalb Jahre lang belagert und dann völlig zerstört.

Der Prophet Jeremia hat diese Zeit mit kritischer Stimme begleitet. Als Unheilsprophet stellt er sich gegen die Könige Judas und die Hoftheologie, die einen guten Ausgang des politischen Vabanque-Spiels vorhersagte. Den Untergang Judas und die Vernichtung Jerusalems versteht er als Strafe Gottes für ein Volk und vor allem für dessen Oberschicht, die sich weit entfernt haben von ihrem Gott. Über weite Strecken hinweg ist das Buch Jeremia ein dunkles Buch. Es beschreibt einen Weg in den Abgrund, gepflastert mit Selbsttäuschung und falschen Hoffnungen, die letztlich ihren Grund darin haben, dass Juda meint, Gott als Garanten für die eigenen politischen Ambitionen betrachten zu können.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Der heutige Text aus dem 29. Kapitel hat einen ganz anderen Tonfall. Hier ist von „Plänen des Heils“ die Rede, von Hoffnung und Zukunft – davon, dass der Herr das Geschick seines Volkes wenden wird. Dennoch gibt es eine Brücke zwischen der Unheilsprophezie, mit der Jeremia den Niedergang Judas begleitet, und der Heilsprophezie, die in unserem Text zum Ausdruck kommt. In allen Phasen seines prophetischen Wirkens nämlich schärft Jeremia seinen Adressaten ein, dass sie aufhören sollen mit ihren selbstgewissen politischen Zukunftsplänen. Nur aus dem Hinhören auf Gott und seinen Willen kann die Wende zum Guten kommen. Juda soll, so heißt es im Brief an das Volk im Exil, nach Gott *rufen*, zu ihm *beten*, nach ihm *suchen* und von ganzem Herzen nach ihm *fragen* (Vers 12). Dies ist die Art des auf Gott vertrauenden Handelns, die ihm aufgetragen ist.

Dazu tritt eine zweite Aufforderung, die die erste ergänzt. Das Volk soll sich nüchtern auf die Situation in der Fremde einlassen. Nicht der heroische Kampf gegen die Unterdrücker ist gefordert, sondern die alltägliche Mühe des Daseins, die das Überleben sichert. Die Exilanten sollen Häuser bauen, Gärten pflanzen und Familien gründen. Ja, Juda ist aufgefordert, sich um das Wohl der Stadt zu mühen, in die man gegen den eigenen Willen weggeführt wurde, und für sie beten. „Denn in ihrem Wohl“, so sagt der Prophet, „liegt euer Wohl“ (Vers 7).

Natürlich lässt sich dieses Prophetenwort nicht umstandslos auf unsere heutigen Migrationssituationen übertragen. Zu unterschiedlich sind die Verhältnisse. Es ist keine Gebrauchsanweisung für heutige Probleme. Und doch geht von unserem alten Text eine Inspiration und Wegweisung auch für die neuen Fragen aus, vor denen wir stehen.

Zunächst richtet er sich an die Migranten und die Flüchtlinge, also an diejenigen, die das Schicksal von Juda insoweit teilen, als sie durch den Gang der Geschichte in ein ihnen fremdes Land geworfen wurden. Sie sind aufgefordert, nicht einfach *neben* der Gesellschaft des Aufnahmelandes zu leben, sondern sich um ein Zusammenleben mit den Menschen in ihrer neuen Umwelt zu bemühen. Schottet Euch nicht ab! „Bemüht Euch um das Wohl der Stadt“! Das ist die Botschaft, die der Text des Jeremia auch für die Zuwanderer in unsere Gesellschaft bereithält. Und mehr noch: Hört nicht auf die Weissager und Träumer, die Euch in einen Gegensatz zu Euren Mitbürgern bringen wollen, weil sie um die Identität der eigenen Gruppe fürchten.

Dabei geht es nicht darum, dass die Zugewanderten völlig in der neuen Umgebung aufgehen, sich assimilieren und ihre kulturelle Herkunft einfach zum Verschwinden bringen. Für die Juden in Babylon ist dies ohnehin selbstverständlich, auch wenn die Exilgeschichte zeigt, wie schwierig es sich in der Praxis darstellte, das eigene Selbstverständnis auch in fremder Umgebung zu bewahren. Auch von den Migranten, die nach Deutschland kommen, darf nicht erwartet werden, dass sie ihre kulturelle Identität sozusagen mit dem Grenzübertritt ablegen. Der Verzicht auf die Herkunft ist keine Voraussetzung für die Zukunft in der neuen Heimat. Integration darf nicht mit Assimilation verwechselt werden. Wohl aber muss die Bereitschaft

der Migranten bestehen, sich auf die neue Gesellschaft einzulassen und in einem Prozess des Gebens und Nehmens Teil von ihr zu werden.

„Zusammenhalten – Zukunft gewinnen“ – dieser Aufruf, der das Motto der diesjährigen „Interkulturellen Woche“ bildet, richtet sich allerdings nicht nur an die Zuwanderer. Zusammenhalt kann nur gelingen, wenn sie dem Wunsch *aller* entspricht. Nur so wird das Wohl der Stadt, von dem Jeremia spricht, gemehrt. Nur gemeinsam können Einheimische und Zuwanderer eine gute Zukunft gewinnen. Wir müssen deshalb den Blick auch auf die Aufnahmegesellschaft richten. In der Sprache unseres Schrifttextes können wir fragen: Erlauben wir es den Menschen, die zu uns kommen, hier Häuser zu bauen, Bäume zu pflanzen und Wurzeln zu schlagen? Lassen wir es zu, dass sie ihr Wohl mit unserem Wohl identifizieren, und tun wir dies auch umgekehrt? Wie gehen wir, um ein Beispiel zu nennen, mit den Menschen um, die seit vielen Jahren mit einer „Duldung“ – und das heißt: mit der Drohung einer Abschiebung – leben? Sollten wir nicht auch ihnen eine Perspektive eröffnen, hier wirklich heimisch zu werden? Für ihre Kinder gibt es diese Chance mittlerweile, und wir Kirchen haben das sehr begrüßt. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass auch für Erwachsene eine angemessene humanitäre Bleiberechtsregelung geschaffen wird.

Es ist gut, dass es seit einigen Jahren verstärkte politische Bemühungen für die Integration von Zuwanderern gibt. Integrationsgipfel und ähnliche Veranstaltungen sind der symbolische Ausdruck dieser Politik. Staatliche geförderte Maßnahmen wie Sprach- und Integrationskurse oder die Migrationsberatung sind wichtige konkrete Elemente einer Politik, die sich ernsthaft darum bemüht, dass Zuwanderer in dieser Gesellschaft ankommen. Manches wurde bereits erreicht. Vieles aber liegt noch vor uns. Immer muss um eine Balance zwischen der geforderten Eigenverantwortung einerseits und der Unterstützung durch Staat und Gesellschaft andererseits gerungen werden. Das gilt auch für das große Thema der Bildung, das im Mittelpunkt der diesjährigen „Interkulturellen Woche“ steht. Viele Kinder aus Migrantenfamilien leiden darunter, dass in kaum einem Land der Welt der Bildungserfolg der Kinder so abhängig von der Bildung der Eltern ist wie in Deutschland. Müsste unser Schulsystem nicht viel stärker darauf ausgerichtet werden, auch diesen Kindern bessere Chancen auf gute Bildungsabschlüsse zu geben? Und wäre dies nicht viel mehr als bloß Generosität, nämlich in Wirklichkeit ein Beitrag zum „Wohl der Stadt“, also in unser aller Interesse?

Wenn wir nach dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft, nach dem Zusammenleben von Migranten und Einheimischen fragen, sollten wir allerdings nicht nur auf den Staat blicken. Genauso sind die Gesellschaft und jeder Einzelne angefragt. Sind wir Teil einer Kultur des Willkommens? Wenn im Haus neben uns eine Familie mit Migrationsgeschichte einzieht: Begrüßen wir die neuen Nachbarn ebenso unvoreingenommen wie eine deutsche Familie? Werden ihre Kinder wie alle anderen zum Kindergeburtstag eingeladen? Bemühen wir uns also wirklich umeinander – oder wälzen wir die Verantwortung für die Integration auf anonyme Großorganisationen und den Staat ab?

Ich bin dankbar für die vielen Veranstaltungen, die im Rahmen der „Interkulturellen Woche“ auch in diesem Jahr einen Beitrag für mehr Gemeinsamkeit und Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stiften wollen. Hier mühen sich Menschen um das „Wohl der Stadt“, die uns allen Heimat sein soll.

Wir Christen lassen Gott dabei nicht aus dem Spiel. Im Glauben wissen wir: Am Ende hängen Erfolg und Gelingen auch unserer besten Absichten – oder dessen, was wir dafür halten – von Ihm ab. Das „Wohl der Stadt“ kann nicht den Sozial-Ingenieuren, auch nicht den kirchlichen, überlassen bleiben. Deshalb folgen wir dem Aufruf des Propheten Jeremia und *beten* für die Stadt, in deren Wohl unser aller Wohl liegt.